



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte – jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird – auch im Interesse der bayerischen Wirtschaft – aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Unterstützung der Friedensbemühungen der USA in der Ukraine einzusetzen,
- im Falle eines Friedens in der Ukraine sich auf Bundes- und EU-Ebene für die sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen sowie für die Wiederaufnahme günstiger Gaslieferungen aus Russland über alle möglichen Versorgungslinien, einschließlich der Reparatur und Wiederinbetriebnahme von Nord Stream, einsetzen,
- im Falle eines Friedens in der Ukraine sich auf Bundesebene für die sofortige Abschaffung der Gasspeicherumlage einzusetzen.

Begründung:

Trotz der geopolitischen Spannungen während des Kalten Krieges und der NATO-Osterweiterung waren günstige Gaslieferungen aus Russland seit der Ölkrise der 1970er Jahre bis zum Regierungsantritt der Ampel-Koalition eine der wesentlichen Grundlagen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und bayerischen Industrie.

Die Abhängigkeit von russischem Erdgas war kritisch zu hinterfragen. So belief sich dessen Anteil an den deutschen Erdgasimporten am 1. Januar 2022 auf 42 Prozent. Allerdings hat sich diese Abhängigkeit vom Ausland nicht verringert, sondern lediglich verlagert: Im Jahr 2024 stammt bereits 45 Prozent der deutschen Erdgasimporte aus den USA – ein noch höherer Abhängigkeitsgrad, der ebenfalls kritisch betrachtet und reduziert werden muss.

Während russisches Pipelinegas vergleichsweise günstig und umweltschonender war, stellt amerikanisches LNG eine teurere und umweltschädlichere Alternative dar. Bereits vor 2022 lag der Preis für US-LNG laut OMV um 50 Prozent höher als der von russischem Pipelinegas. In der Dekade 2010 bis 2019 lag der russische Erdgaspreis für Deutschland bei durchschnittlich 16 bis 18 Euro pro MWh. Der aktuelle Preis an der europäischen Großhandelsbörse beträgt 50 Euro pro MWh – mehr als das Dreifache.

Die Sanktionen der EU und die damit verbundene Einstellung direkter Gaslieferungen aus Russland hatten gravierende Auswirkungen auf die deutsche und bayerische Wirtschaft: Der durchschnittliche Erdgaspreis für Nicht-Haushalte stieg von 39 Euro/MWh in 2019 auf 69 Euro/MWh in 2024. Vor Steuern und Abgaben lag der Preisanstieg bei 27 Euro/MWh auf 51 Euro/MWh. Auch deshalb ist der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zum Vorkrisenniveau um mehr als 25 Prozent eingebrochen. Laut einer Umfrage der DIHK plant jeder vierte Industriebetrieb und jeder zweite

deutsche Großkonzern eine Verlagerung der Produktion ins Ausland. Besonders betroffen ist die energieintensive Chemieindustrie in Bayern. Seit Januar 2022 wurden Betriebsschließungen mit einem möglichen Verlust von über 42 000 Industriearbeitsplätzen in Bayern verkündet.

Um die durch den Verzicht auf russisches Gas entstandene Volatilität der Gasversorgung auszugleichen, hatte die Ampelregierung per Verordnung – ohne Abstimmung im Bundestag – die sogenannte Gasspeicherumlage eingeführt. Diese hat sich zu einer massiven wirtschaftlichen Belastung für Unternehmen entwickelt. Bei der Einführung im Oktober 2022 betrug die Umlage 0,59 Euro/MWh. Seither wurde sie in vier Stufen auf 2,99 Euro/MWh erhöht – eine Verfünfachung. Zum 1. Juli 2024 droht eine Verdreifachung auf 9 Euro/MWh, was für viele Unternehmen existenzbedrohend wäre. In einigen Betrieben könnte die Umlage bis zu 15 Prozent des Umsatzes ausmachen.

Die Gasspeicherumlage erhöht die Energiekosten weiter, da die Trading Hub Europe GmbH mit unbegrenzten finanziellen Mitteln Gas auf dem Markt einkaufen kann. Eine Parallele zur EEG-Umlage ist offensichtlich: Ähnlich wie die einst als geringfügig deklarierte Ökostromabgabe, entwickelt sich auch die Gasspeicherumlage zu einer dauerhaften Belastung für unsere Gesellschaft.

Die Gasspeicherumlage wurde eingeführt, um die Wiederauffüllung und den Stand der Erdgasspeicher in Deutschland zu finanzieren. Dennoch hat sie dieses Ziel verfehlt, denn im Januar 2025 lag der Füllstand der deutschen Gasspeicher mit 67 Prozent deutlich unter den Vorjahreswerten von 82 Prozent im Januar 2024 und 87 Prozent im Januar 2023.

Insgesamt kosten die EU-Sanktionen gegen Russland die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt mindestens 0,66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr, was 27,7 Mrd. Euro oder 662 Euro pro Haushalt entspricht.

Die Friedensinitiative der Trump-Administration ist Chance für eine energiepolitische Kehrtwende in Deutschland. Die Trump-Regierung plant, den Krieg in der Ukraine durch Waffenstillstandsverhandlungen zu beenden. Die diplomatische Friedenslösung und eine Beendigung der amerikanischen Waffenlieferungen an die Ukraine soll die Grundlage für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland schaffen.

Der US-Präsident hat erklärt, dass er in ernsthaften Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über bedeutende Wirtschaftsvereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland steht, die unter anderem beinhalten könnten, dass US-Unternehmen bald wieder in Russland Geschäfte tätigen dürfen, insbesondere die gemeinsame Exploration von Seltenen Erden.

Es ist sowohl moralisch als auch im deutschen nationalen Interesse dringend geboten, dass die EU, die Bundesregierung und der Freistaat Bayern diese Friedensinitiative unterstützen, und, im Falle einer Friedenslösung, die Sanktionen gegen Russland umgehend aufheben. In diesem Zusammenhang muss die Möglichkeit geprüft werden, durch eine Reparatur der Nord Stream-Pipelines sowie alternative Transportwege wieder günstiges russisches Gas nach Deutschland zu importieren. Solch eine Diversifizierung der Gaslieferungen würde die Abhängigkeit von teurem US-LNG verringern und die Energieversorgung stabilisieren. In Folge muss die teure und ineffiziente Gasspeicherumlage umgehend abgeschafft werden, was die hohen Energiekosten für die Industrie senken und damit den Wirtschaftsstandort Bayern wieder stärken würde.